

Wie solidarisch ist das Volk?

Baselbiet | Ausgleichsinitiative: Regierung lenkt nicht ein

Entgegen ihrer Hoffnungen hat die Baselbieter Regierung den Initiativgemeinden keinen gangbaren Gegenvorschlag zur Ausgleichsinitiative präsentiert. Damit geht der Streit um die Verteilung der Sozialhilfekosten in die nächste Runde.

Jan Amsler

Hans-Peter Hänni ist enttäuscht. Der Grellinger Gemeindepräsident hat nämlich gehofft, dass die Baselbieter Regierung ihm und seinen Mitstreitern einen akzeptablen Gegenvorschlag präsentieren kann, sodass die sogenannte Ausgleichsinitiative zurückgezogen werden könne. «Wir kommen nicht drum herum: Wir müssen einen Abstimmungskampf führen», sagt Hänni auf Nachfrage. Er bestätigt der «Volksstimme» vorliegende Informationen, wonach die Regierung an einem Treffen mit den Initiativgemeinden darauf verzichtet hat, auf eine Lösung einzulernen, welche die Idee der Ausgleichsinitiative aufgreift.

Die im März vergangenen Jahres eingereichte Gemeindeinitiative sieht vor, dass die Sozialhilfekosten solidarischer unter den Gemeinden verteilt werden. Konkret sollen 70 Prozent der Sozialhilfekosten in einem Pool gesammelt und anschliessend im Verhältnis zur Einwohnerzahl auf die Baselbieter Gemeinden verteilt werden. Die übrigen 30 Prozent würden die Gemeinden nach wie vor direkt tragen, womit der Anreiz bestehen bleiben soll, die Kosten tief zu halten. Elf Gemeinden stehen hinter dem Begehren, darunter sieben aus dem Oberbaselbiet (die «Volksstimme» berichtete wiederholt).

Das neue Verteilmodell hätte zur Folge, dass diejenigen Gemeinden, die wegen der hohen Sozialhilfenaufwendungen an ihre finanziellen Grenzen stossen, entlastet werden. Ein Makel besteht allerdings darin, dass kleine Gemeinden mit bisher tiefen oder gar negativen Netto-



Im März vor einem Jahr: Hans-Peter Hänni (links) überreicht Landschreiber Peter Vetter die Dokumente zur Ausgleichsinitiative. Bild Archiv vs/Jan Amsler

oder Ziefen plötzlich vor grossem Mehraufwand stehen würden. Dies ist auch der Grund, weshalb Hänni und die Vertreter der mitziehenden Gemeinden auf die Regierung gehofft hatten.

Lockerere Kriterien für Härtefälle

Hänni weiss, dass diese Probleme nicht einfach sind. Gleichwohl hat er Lösungsansätze parat. Denkbar sei etwa, nur diejenigen Gemeinden an der solidarischen Pool-Lösung beteiligen zu lassen, die einen Steuerfuss von 60 Prozent oder mehr aufweisen. Doch die Regierung will davon offenbar nichts wissen. Ihr Angebot besteht laut Hänni lediglich darin, die Kriterien für die Härtefallbeiträge zu senken. Diese Ausgleichszahlungen vom Kanton unterliegen nämlich happigen Bedingungen. So musste Grellingen, das rund einen Drittel der Steuereinnahmen wieder in die Sozialhilfe steckt, im Gegenzug zu einem Härtefallbeitrag den Steuerfuss auf 67 Prozent erhöhen. Der Stadt Liestal, die mit jährlich über 600 Sozialhilfefranken pro Einwohner das Ranking der am stärksten belasteten Gemeinden anführt, wurde ein solcher Beitrag verwehrt: Beim Steuerfuss gebe es noch Luft nach oben und die Stadt verfüge über ausreichend Eigenkapital. Liestal hat den Entscheid nicht akzeptiert,

der Fall liegt nun beim Kantonsgericht.

«Der Vorschlag der Regierung nützt nur wenigen Gemeinden. Er ist nicht haltbar und auch nicht fair», so Hänni. Zwar treffen sich die Initiativgemeinden erst am kommenden Dienstag, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Von Rückzug ist aber keine Rede. Auch der zuständige Hölsteiner Gemeinderat Daniel Kaiser pflichtet bei: «Wir sind sicher dabei.» Noch offen ist allerdings, in welchem Ausmass sich Hölstein am Abstimmungskampf beteiligen wird. Kaiser plant, diesbezüglich noch den Segen der Gemeindeversammlung einzuholen.

«Eine Art Versicherung»

In Lampenberg wird sich der Gemeinderat am Montag mit dem Thema auseinandersetzen. Charlotte Gaugler, die dort für die Ausgleichsinitiative zuständig ist, bedauert, dass es zu einer Abstimmung kommt, zumal dies auch wieder Kosten verursacht. Was den Gegenvorschlag der Regierung angeht, sagt sie: «Das Argument der Regierung empfinde ich als despektierlich.» Diese habe nämlich den Punkt ins Feld geführt, mit der Initiative würden die Anreize genommen, sorgsam mit den finanziellen Mitteln umzugehen. Gaugler: «Keine Gemeinde ist daran interessiert,

die Sozialhilfegelder zu streuen. Wir arbeiten seriös.» Auch Kaiser betont, dass Hölstein bemüht ist, die vorhandenen Mittel haushälterisch einzusetzen und Massnahmen für die Integration der Sozialhilfebezüger zu treffen.

Lampenberg unterstützt die Initiative, obwohl die Gemeinde in der aktuellen Situation massiv in den Pool einzahlen müsste. «Die Initiative ist eine Art Versicherung», begründet Gaugler. Nur wenige zusätzliche Sozialhilfefälle könnten schon dazu führen, dass Lampenberg überdurchschnittlich belastet wird. Das sieht auch Daniel Kaiser so. Auch Hölstein befindet sich mit rund 180 Sozialhilfefranken pro Einwohner und Jahr im unterdurchschnittlichen Bereich. Doch die Kosten steigen. Wichtig ist ihm ausserdem der Solidaritätsgedanke: «Wir sind ein Kanton, wir sitzen alle im selben Boot.»

Vorlage kommt nächste Woche

Aber wie solidarisch ist das Volk? «Ich hoffe, dass die Leute bei der Abstimmung einlenken», sagt Hans-Peter Hänni. «Ich glaube, es wird eine knappe Angelegenheit.»

Für den Kanton wäre das Konzept kostenneutral, wohingegen zusätzliche Härtefallbeiträge die Kantonskasse belasten würden. Die Regierung lässt die Fragen der «Volksstimme» unbeantwortet. Laut Daniel Schwörer von der Finanz- und Kirchendirektion ist geplant, die Vorlage zuhänden des Landrats am kommenden Dienstag zu publizieren. Bis dahin bleibt die Angelegenheit unkommentiert.

Von Diepflingen bis Langenbruck

jam. Sieben Gemeinden aus dem Oberbaselbiet unterstützen die Ausgleichsinitiative, nämlich Hölstein, Niederdorf, Oberdorf, Waldenburg und Langenbruck sowie Diepflingen und Lampenberg. Weiter mit an Bord sind Laufen, Liesberg, Liestal und das federführende Grellingen.